

# Nach dem Bankencrash

## Die aktuelle Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen in Südostasien

**Seit dem Zusammenbruch des Marktes für Subprime-Immobilien und der Pleite der Investment-Bank *Lehman Brothers* befindet sich die Weltwirtschaft in einem permanenten Zustand der Krise. So auch Südostasien.**

**Rolf Jordan**

Während es in den Jahren 2008 und 2009 vor allem Banken und Investmentfirmen waren, die nur dank der umfassenden Stützung durch staatliche Rettungsfonds vor dem endgültigen Aus bewahrt werden konnten, so sind es mittlerweile Staaten selbst, die angesichts drückender Überschuldung auf die Unterstützung anderer Nationalökonomien und internationaler Institutionen angewiesen sind.

Die unmittelbare Folge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise war ein drastischer Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Konsumgütern. In Südostasien, dessen wirtschaftlicher Aufstieg auf exportorientierter Industrialisierung gründete, waren die Folgen der Krise daher vor allem in Ländern wie Singapur, Thailand, Vietnam oder Indonesien zu beobachten – also Ländern mit einem relativ hohen Anteil an Ausfuhren in die von der Krise besonders betroffenen Staaten Westeuropas, nach Japan oder in die USA, wo hohe Arbeitsplatzverluste und sinkende Einkommen zu einem drastischen Rückgang des Konsums geführt hatten.

### Die sozialen Realitäten bleiben ausgeblendet

Doch während die Staaten Westeuropas, aber auch Japan und die USA weiterhin durch niedriges Wachstum, stagnierende Arbeitsmärkte und ein schwaches Konsumklima gekennzeichnet sind, verzeichnen viele Länder Südasiens bereits wieder signifikante Wachstumsraten – allen voran der Stadtstaat Singapur, Schwellenländer wie Indonesien und Thailand oder auch Vietnam. Zumindest ist dies der Eindruck, den die seit dem Höhepunkt der Krise En-

de 2008 von offizieller Seite veröffentlichten und in der internationalen Wirtschaftspresse verbreiteten makroökonomischen Kennzahlen dieser Länder vermitteln. Doch dahinter bleiben die oftmals vielfältigen sozialen Realitäten in den einzelnen Ländern in der Regel ausgeblendet.

Die von den meisten Regierungen in der Region aufgelegten Rettungspakete haben zwar vielen der von der Krise besonders betroffenen Banken und Investmentfirmen dazu verholfen, die unmittelbaren Krisenfolgen zu meistern und wieder Gewinne zu machen, und auch viele Industrieunternehmen verzeichnen längst wieder steigende Exporte. Doch für viele Menschen bedeutete die Krise nicht nur den unmittelbaren Verlust ihrer Beschäftigung oder zumindest deutliche Einkommenseinbußen. Auch mittelfristig werden große Teile der Bevölkerung unter den Auswirkungen der Krise, die ja noch längst nicht vorüber scheint, wie die jüngsten Entwicklungen etwa in Südeuropa zeigen, zu leiden haben.

Betroffen sind dabei vor allem all jene, die auch schon in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität nur wenig von den makroökonomischen Erfolgsmeldungen ihrer Volkswirtschaften profitieren konnten: niedrig qualifizierte Beschäftigte in den unteren Segmenten der Exportindustrien und der Dienstleistungssektoren, Frauen vor allem, die besonders häufig in schlecht entlohnten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu finden sind und Migranten, die in Krisenzeiten zuallererst entlassen und in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Und vor allem die große Zahl der in den informellen Sektoren beschäftigten Menschen, deren Anteil in Ländern wie Indonesien auf mehr als 60 Prozent geschätzt wird.

Migranten gehören zu jenen Beschäftigten, die in den meisten Ländern Südasiens unmittelbar am stärksten von der Krise betroffen sind. In Ländern wie Singapur und Malaysia, wo sie einen großen Teil der vor allem in den modernen Industrie- und Dienstleistungssektoren Beschäftigten ausmachen, dienen sie seit jeher als ›Puffer‹ für Krisenphasen und

Der Autor ist promovierter Politikwissenschaftler und arbeitet seit Jahren intensiv zu politischen und sozialen Entwicklungen in Südostasien.

werden in Zeiten nachlassender Konjunktur als erste entlassen. Wo es ihnen nicht gelingt, anderweitig Beschäftigung zu finden, etwa im informellen Sektor, verlieren sie mit ihrem Arbeitsplatz in der Regel auch ihre Aufenthaltsgenehmigung und werden daher in ihre Heimat zurückgeschickt. Hier können sie kaum auf Beschäftigung und Einkommen hoffen. Hinzu kommt, dass sich viele der in der Region arbeitenden Arbeitsmigranten und ihre Familien in ihrer Heimat hoch verschulden mussten, um einen Arbeitsplatz in Ländern wie Malaysia oder Singapur zu bekommen.

Oftmals noch prekärer gestaltet sich die Situation vieler ohne Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis in Ländern wie Thailand und Malaysia lebender Migranten, die, oftmals auf der Flucht vor unzumutbaren Lebensbedingungen in ihrer Heimat, als ‚Illegale‘ schon in Boomzeiten nur am untersten Rand der Beschäftigungsskala eine Einkommensmöglichkeit finden konnten. Wo es ihnen gelingt, trotz Wirtschaftskrise auch weiterhin Arbeit zu finden, so gelingt ihnen das nur zum Preis sich weiter verschlechternder Arbeitsbedingungen. Vor allem in Thailand, das in der Krise eine große Zahl burmesischer Flüchtlinge im Grenzgebiet zu Burma als illegale Einwanderer aufgreift und in Lagern konzentriert, erwartet viele dieser Menschen bei der Rückkehr in ihre Heimat als Oppositionelle oder Angehörige ethnischer Minderheiten häufig langjährige Haft oder Zwangsarbeit.

Frauen galten lange Zeit als Gewinnerinnen der sehr erfolgreichen Strategie exportorientierter Industrialisierung in vielen Ländern Südostasiens. Nun, wo viele der Exportindustrien in großem Umfang Stellen abbauen oder mit Kurzarbeit und Lohnkürzungen auf die Krise zu reagieren versuchen, sind es gerade junge Frauen, die besonders deutlich die unmittelbaren Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. In den Weltmarktfabriken Indonesiens, Malaysias, Thailands oder Vietnams, wo sie als billige und disziplinierte Arbeitskräfte die Basis des Exportbooms ihrer Länder bildeten, sind sie nun mit Arbeitsplatzverlust, sinkenden Einkommen und sich weiter verschlechternden Arbeitsbedingungen konfrontiert – mit oftmals gravierenden Folgen für das Haushaltseinkommen ihrer Familien.

#### **Über den informellen Sektor sagen die Erfolgsmeldungen wenig aus**

Über die Folgen der Krise für den zumeist großen Bereich informeller Beschäftigung in vielen Ländern Südostasiens schließlich sagen die makroökonomischen Erfolgsmeldungen der letzten Monate wenig bis gar nichts aus. Diese Sektoren werden von den offiziellen Wirtschaftsstatistiken nicht erfasst und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der hier beschäftigten Menschen sind in der Regel nicht Gegenstand marktwirtschaftlich orientierter Analysen. Während

der letzten Krisenmonate hat informelle Beschäftigung in nahezu allen Ländern Südostasiens an Bedeutung gewonnen und die meisten Menschen, die zuvor ihren Arbeitsplatz im formellen Sektor verloren haben, finden nur hier ein neues Auskommen. Der wachsende Konkurrenzdruck hat allerdings fatale Auswirkungen für die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in diesen Sektoren. Dies umso mehr, als keines der Länder über soziale Sicherungssysteme verfügt, die den Menschen ausreichenden Schutz gegenüber den unmittelbaren Folgen einer schweren Wirtschaftskrise bieten würden.

Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes oder dem Rückgang der Haushaltseinkommen verlieren selbst jene in den formellen Sektoren Beschäftigten oftmals wesentliche Teile ihrer sozialen Absicherung – Kinder müssen von der Schule genommen und Gesundheitsdienstleistungen können nicht mehr in Anspruch genommen werden, weil die in der Regel kostenpflichtigen Angebote nicht mehr zu bezahlen sind. Für die meisten der in den informellen Sektoren Beschäftigten waren diese Leistungen aber auch zuvor schon nur selten erschwinglich. Und so hat die Krise auch in Südostasien vor allem für die sozial Schwächsten die nachhaltigsten Folgen – in Form sich weiter verschlechternder Arbeits- und Einkommensbedingungen, sinkender Haushaltseinkommen und dem Verlust des Zugangs zu den zumindest rudimentär bestehenden sozialen Sicherungssystemen.

Gleichzeitig – auch das eine Folge der Krise – verschlechtern sich offensichtlich auch die Bedingungen politischen Widerstands gegen die Politik vieler Regierungen, die vor allem der Rettung ihrer Banken und Industrieunternehmen Priorität einräumt und die Kosten der Krisenbewältigung den Beschäftigten und ihren Familien aufbürdet. In einer Region, in der die Organisation von Arbeitnehmerinteressen seit jeher nur eingeschränkt möglich war, haben sich die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit in der Krise weiter verschlechtert. Gleichzeitig bieten die aktuellen Entwicklungen aber sicherlich auch Ansätze für politischen Widerstand und zunehmende Proteste gegen die unmittelbaren Folgen der Krise können möglicherweise auch Grundlage für neue Ansätze sein, den herrschenden Verhältnissen Alternativen entgegen zu setzen.

Mit dem vorliegenden Themenschwerpunkt möchte die **südostasien** dazu beitragen, im Gegensatz zur derzeitigen Wirtschaftsberichterstattung zu Südostasien, ein differenzierteres Bild über die sozialen Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Region zu zeichnen.